

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

7. Juni 2023

ver.di-Gesprächsreihe mit der Abteilungsleiterin III Susanne Klose „Die Organisationsstruktur muss der Technik und der Leistungsfähigkeit folgen.“

Die Vertreter des ver.di-Fachvorstands Steuerverwaltung, Eric Lausch und Jörg Bewersdorf, sind am 5. Juni 2023 erneut mit der Abteilungsleiterin III, Susanne Klose, zusammengekommen, um wieder aktuelle Fragen und Problemstellungen aus den Finanzämtern zu erörtern. In dem mehr als zweistündigen Gespräch wurden von den ver.di-Vertretern wieder viele aktuelle Fragestellungen und Probleme mit der Abteilungsleiterin III, Susanne Klose, erörtert.

„Mehr als 1.000 Stellen sind in den Berliner Finanzämtern nicht besetzt.“



Mit diesen Worten eröffnete Eric Lausch das Gespräch. *„Die prekäre Personalsituation in den Berliner Finanzämtern nimmt ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an und eine Umkehr der Entwicklung ist nicht in Sicht.“* Frau Klose entgegnete, dass aktuell 576 Stellen unbesetzt seien. Das ließen die ver.di-Vertreter so nicht stehen. Zwar ist diese Zahl korrekt hinsichtlich tatsächlich freier Stellen, allerdings betrug der Unterbestand zum 31.12.2022 an unbesetzten

Stellen und Stellenteilen also an Vollzeitäquivalenten 882. Nach ver.di-Schätzungen dürfte dieser Unterbestand inzwischen die Marke von 1.000 überschritten haben, denn in den vergangenen 5 Monaten seien kaum Einstellungen erfolgt. Frau Klose bestätigte die ver.di-Schätzung als realistisch.

„Die Steuerverwaltung gehört in die Liste der Engpassberufe.“

Eric Lausch forderte in diesem Zusammenhang endlich die PersBB auf den 1.1.2023 zu rechnen, um den so ermittelten Stellenunterbestand auch sichtbar zu machen. *„Die Finanzämter kommen im Bericht über Engpassberufe im Land Berlin nicht vor. Das muss sich ändern!“*, so Eric Lausch. Das hätte aus ver.di-Sicht viele Vorteile für die Personalgewinnung. Die Gewährung höherer Erfahrungsstufen bei der Einstellung von Tarifbeschäftigten wäre so zum Beispiel möglich. Aus ver.di-Sicht muss alles getan werden, um die Attraktivität der Steuerverwaltung als Arbeitgeber zu steigern.

„Die Ausbildungszahlen reichen höchstens zum Ausgleich des Personalabgangs.“

Eric Lausch wies im Anschluss darauf hin, dass von den im Jahr 2022 eingestellten 270 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern inzwischen rund 100 nicht mehr bei uns seien. Zudem deuten die aktuellen Zahlen im Einstellungsverfahren 2023 darauf hin, dass insbesondere in der Laufbahngruppe 2.1 die Studienplätze zum 1.9.2023 nicht vollständig besetzt werden können, denn hier sind nach ver.di-Informationen nur noch 295 Bewerbende auf der Liste. Und auch in der Laufbahngruppe 1.2 könnte es knapp werden. Den hohen Personalabgängen im Laufe des Studiums, der Ausbildung und nicht zuletzt bei den Prüfungen müsse entgegengewirkt werden. *„Wir müssen wieder zu persönlichen Kontakten mit den Bewerbenden zurückkommen. Einstellungsgespräche zur Bindung aber auch zum Abgleich, ob die Erwartungen der Bewerberinnen und Bewerber zu den Realitäten von Ausbildung und Arbeitswelt in der Steuerverwaltung passen, sind für beide Seiten wichtig“*, so Eric Lausch. Auf den Einwand von Frau Klose, dass SenFin nicht die personellen Ressourcen dafür habe, diese Aufgabe zu stemmen, wies Jörg Bewersdorf darauf hin, dass in früheren Jahren solche Einstellungsgespräche auch von den Ausbildungsleiterinnen und –leitern der Finanzämter geführt wurden, und zwar ohne direkte SenFin-Beteiligung. Aus ver.di-Sicht seien so deutlich bessere Erkenntnisse zu erzielen als durch die Beurteilung von Bewerbungsschreiben, bei denen niemand wisse, wer sie tatsächlich verfasst hat und ob so nicht Bewerbende mit einer schlechteren familiären Unterstützung benachteiligt würden. Frau Klose sicherte zu, diesen Vorschlag in die Diskussion über das zukünftige Einstellungsverfahren einzubringen.

Sie bemerkte aber auch, dass die Ausbildung nicht mehr zu einem Personalaufwuchs führen werde, sondern – wenn überhaupt – dadurch höchstens ein Ausgleich der Personalabgänge erreicht werden könne. Personalaufwuchs sei allenfalls über den Quereinstieg zu erreichen. Gleichwohl waren sich die ver.di-Vertreter und die Abteilungsleiterin einig, dass die Aktivitäten zu „Schule und Steuern“ wieder aufgenommen und ausgeweitet werden müssen. Sobald die neue Werbekampagne stehe, wird es hierzu Aktivitäten geben, um bereits in der Schule zu möglichen Bewerberinnen und Bewerbern Kontakt aufzunehmen und sie für diesen Beruf zu interessieren.

„Das Organisationsmodell FA 2010 wird im kommenden Jahr überprüft.“

Jörg Bewersdorf vertrat erneut die Auffassung, dass der Quereinstieg nicht auf die bisherigen Arbeitsgebiete beschränkt bleiben dürfe, sondern auch vor steuerlichen Bereichen über die Bewertungs- und Grundsteuerstellen hinaus nicht Halt machen dürfe. Frau Klose stimmte dem grundsätzlich zu, wies aber in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten hin, die durch das Organisationsmodell FA 2010 entstünden. Geeignete Quereinsteigende seien für eine derart umfassende Aufgabenvielfalt kaum zu finden. Aus diesem Grund beabsichtige sie, das Organisationsmodell FA 2010 im kommenden Jahr zu überprüfen und zwar ergebnisoffen. ver.di hatte immer wieder gefordert, den Organisationserlass fortzuentwickeln und den Anforderungen der Zukunft anzupassen. Frau Klose wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass IT-Probleme auch deshalb entstünden, weil die IT-Programme und die Berliner Organisation nicht kompatibel seien. *„Nicht die Technik wird sich der Organisation anpassen, sondern die Organisation müsse sich der Technik anpassen.“* Die IT-Programme aus dem KONSENS-Verbund würden die Berliner Organisationsform nicht berücksichtigen, weil es dieses Organisationsmodell nur in Berlin gebe.

„Entfristung und Höhergruppierung erfolgt in zwei Schritten.“

Jörg Bewersdorf wies noch einmal auf das Problem hin, dass die zur Bewältigung der Grundsteuerreform befristet eingestellten Kolleginnen und Kollegen häufig identische Tätigkeiten in den Finanzämtern ausüben, aber je zur Hälfte in den Entgeltgruppen 5 und 6 eingruppiert wurden. *„Das führt zu Unmut und muss bereinigt werden“*, so Jörg Bewersdorf. ver.di hatte von Anfang an gefordert, auf befristete Arbeitsverhältnisse ganz zu verzichten und ausschließlich dauerhafte Stellen der Entgeltgruppe 6 zu schaffen. Diesen Forderungen wird nun endlich nachgekommen. Aktuell werden nach und nach die Entfristungen derjenigen erfolgen, die dauerhaft in der Steuerverwaltung bleiben wollen und bleiben sollen. Im Anschluss seien dann die Höhergruppierungen der Beschäftigten in EG 5 auf die ausreichend vorhandenen EG 6-Stellen in den Finanzämtern möglich. *„Tarifrechtlich ist das leider nicht anders machbar“*, so Susanne Klose.

„Die Probleme mit der digitalen Aktenführung müssen zur Kenntnis genommen werden.“

Eric Lausch wies nun auf die Probleme hin, die mit der digitalen Aktenführung neu entstanden sind und für die es noch keine klaren Lösungen gibt. Bei vielen Kolleginnen und Kollegen gibt es große Unsicherheiten bzgl. des geeigneten Ablageortes der digitalen Dokumente und die Befürchtungen, diese dann nicht mehr wieder zu finden. Einig war man sich, dass hierfür klare Strukturen vorgegeben werden müssen. Klar ist aber auch allen Beteiligten, dass die e-Akte eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der alternierenden Telearbeit und den Ausbau mobiler Arbeit sei. Jörg Bewersdorf forderte zu diesem Thema, dass schnellstmöglich auch die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten in den Poststellen aufgrund der geänderten Arbeitsinhalte in den Blick genommen werden müsse.

„Mehr Geräte für mobiles Arbeiten erforderlich.“

Die ver.di-Vertreter begrüßten die Möglichkeit, dass in den Finanzämtern jeweils drei Laptops vorhanden seien, um im Bedarfsfall Dienstkräften auch mobiles Arbeiten zu ermöglichen. Eric Lausch forderte, diese Möglichkeit in den Finanzämtern besser bekanntzumachen. Er habe den Eindruck, dass nicht in allen Finanzämtern gleichermaßen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werde und diese Möglichkeit im Bedarfsfall nicht offensiv angeboten werde. Außerdem sollten mehr Geräte für mobiles Arbeiten zur Verfügung gestellt werden, damit auch diese Arbeitsform eine größere Selbstverständlichkeit erlangen könne. Hier sei es aber schwierig, die erforderlichen Haushaltsmittel zu erlangen. Vielmehr habe SenFin aktuell mit pauschalen Kürzungen zu kämpfen.

„Auch in 2023 gibt es Tablets für die Anwärterinnen und Anwärter.“

Allerdings sei es der Abteilungsleiterin gelungen, die notwendigen Haushaltsmittel zu sichern, um auch die Anwärterinnen und Anwärter in 2023 wieder mit Tablets auszustatten. *„Wenn es schon keine Bücher mehr gibt, muss den Anwärterinnen und Anwärtern ein solches Gerät zur Verfügung stehen. Das ist zeitgemäß und unverzichtbar“*, so Susanne Klose.

„Berlin ist die Nr. 1 bei der Grundsteuerreform.“

Nicht ohne Stolz verkündete Susanne Klose auf die Nachfrage, wie es denn aktuell um die Grundsteuerreform bestellt sei, dass in Berlin bereits 96 % der Erklärungen eingegangen und davon ca. 50 % festgesetzt seien. Damit nehme Berlin den Spitzenplatz im bundesdeutschen Vergleich ein. Allerdings sei auch ein großer Unterschied zwischen den Finanzämtern erkennbar. Frau Klose rechne damit, dass ab dem Herbst ausreichend Daten vorhanden seien, um die Berechnungen für den Hebesatz durchzuführen. Dazu seien aus ihrer Sicht 80 % der Festsetzung erforderlich incl. der großen und schwierigen Fälle. SenFin verkenne keineswegs die große Herausforderung mit der Grundsteuerreform in den Finanzämtern. Auch die Probleme durch die Vielzahl der Einsprüche habe man im Blick. Etwa 20 % der Festsetzungen führten bislang zu einem Einspruch, häufig seien diese aber ohne besondere Begründung eingelegt.

„Der 1. Dezember für die FA BI-Gründung steht.“

Die Gründung des Finanzamtes Berlin International (FA BI) läuft planmäßig, der 1. Dezember als Gründungsdatum könne gehalten werden, so Susanne Klose. Man werde weiterhin mit 250 Beschäftigten für dieses Finanzamt starten, auch wenn eine gesonderte PersBB-Berechnung auf einen deutlich höheren Personalbedarf gekommen sei. Und man sei zuversichtlich, die benötigten Dienstkräfte aus den bisher dort Beschäftigten, aus den übrigen Finanzämtern und mittels Quereinstieg zu gewinnen.

Zum Abschluss des Gesprächs sprachen sich die ver.di-Vertreter noch dafür aus, wieder das Gesundheitsmanagement in den Ämtern zu beleben und Gesundheitstage durchzuführen. Frau Klose freute sich, in diesem Zusammenhang verkünden zu können, dass nun alle Finanzämter zunächst einen Wasserspender erhalten werden.

